

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

3. Ausgabe / 29. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

12. März 2019

## Kandidat\*innen des Stadtverbandes DIE LINKE Halle zur Kommunalwahl 2019

Gewählt auf der Gesamtmitgliederversammlung  
am 2. März 2019 im Riebeck-Stift

### Wahlbereich 1:

Hendrik Lange  
Stefanie Mackies  
Niklas Ufer  
Frigga Schlüter-Gerboth  
Tarek Ali  
Erwin Bartsch  
Inno Rappthel  
Holger von Koseritz

### Wahlbereich 2:

Bodo Meerheim  
Anja Krimmling-Schoeffler  
Dirk Gernhardt  
Pia Schillinger  
Torsten Hahnel  
Bertolt Marquardt  
Alf Zachäus

### Wahlbereich 3:

Katja Müller  
Rudenz Schramm  
Renate Krimmling  
Stefan Schäfer  
Daniela Müller  
Patricia Fromme  
Lorenz Schleyer  
Christian Kirchert  
Georg Schütze

### Wahlbereich 4:

Thomas Schied  
Elisabeth Nagel  
Jens Breitengraser  
Sten Meerheim  
Lukas Wanke  
Josephine Jahn  
Johannes Benke  
Hans-Jürgen Krause

### Wahlbereich 5:

Ute Haupt  
Jan Rötzsche  
Marion Krischok  
Marianne Böttcher  
Klaus Werner Müller



Mit einer tollen Mischung aus erfahrenen und neuen, jungen Gesichtern ziehen wir in den Kommunalwahlkampf. Auf unserer Gesamtmitgliederversammlung im Riebeck-Stift haben wir unsere Kandidat\*innen für die fünf Wahlbereiche zur Stadtratswahl aufgestellt. Wir sind sicher, wir werden wieder als starke linke Kraft in den Stadtrat einziehen. Mit kompetenten und sympathischen Menschen, einem starken Kommunalwahlprogramm und jeder Menge Energie für den Wahlkampf. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg allen!

Auf geht's!



## Aus der Stadtratssitzung vom 27. Februar 2019

„In den Netzwerken des städtischen Quartiermanagements, in denen alle Akteurinnen und Akteure - von der Schule über Sportverein, freiwillige Feuerwehr bis Bürgerverein - tätig sind, wird deutlich, dass zahlreiche Aktionen dazu beitragen können, durch mehr bürgerschaftliches Engagement Nachbarschaften zu verbinden und das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So wurde die Vorlage der Stadtverwaltung, die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren in der Begründung eingeleitet. Das Ansinnen ist klar, dennoch gab es zu dieser Vorlage Änderungsanträge von fast allen Fraktionen. Es wurde darüber debattiert, ob Parteien Antragsrecht haben sollten, wer über die Anträge entscheiden soll und ab welcher Höhe....

Mit einigen Änderungen ist diese Richtlinie beschlossen worden und nun können Initiativen in den Quartieren mit eigenen Projekten das Miteinander verbessern.

Beschlossen wurde auch ein Parkraumkonzept für das Paulus- und Medizinerviertel. Ziel des Konzeptes ist es, die Parkraumproblematik in den genannten Gebieten zu entschärfen. So ist z.B. geplant, neue Stellplätze durch Wegfall von Halte- bzw. Parkverboten in der Albert-Schweitzer und Fischer-von-Erlach-Str. und auf dem Thomas-Müntzer-Platz zu errichten. Auch in der Paracelsusstraße sollen neue Parkplätze entstehen.

Es gibt in Halle eine neue Straße. Die neue Erschließungsstraße im Gebiet Böllberger Weg heißt jetzt „Rauchfußstraße“.

Die neue Marktsatzung wurde ebenfalls im Stadtrat mit wenigen Änderungen beschlossen. Wieder enthalten ist jetzt, dass Selbsterzeugerinnen und Selbsterzeuger, die auf dem Markt Produkte der Forstwirtschaft, des Gemüseanbaus, der Geflügelzucht, der Imkerei, der Jagd, der Fischerei, des Weinbaus der Landwirtschaft oder des Obst- und Gartenbaus anbieten, die sie selbst hergestellt haben, 50% Gebührenermäßigung bekommen.

Unseren Antrag, „Kulturelle Freiräume entwickeln“ hatten wir im Vorfeld der Stadtratssitzung schon sehr geändert. Nur der erste Punkt blieb noch übrig, weil inzwischen z.B. unsere Forderung nach einem „Runden Tisch“ für alle diesbezüglichen Initiativen bereits

erfüllt wurde. Wir forderten aber, dass das Objekt Hafestraße 7 als ein potentieller Standort für ein soziokulturelles Zentrum erhalten bleiben soll. Wir wollten den Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter der Alleingeschafterin Stadt Halle (Saale) beauftragen, den Geschäftsführer der HWG auf dem Wege einer Gesellschafteranweisung anzuweisen, die Entwicklung des Objektes als Wohnfläche zunächst auszusetzen und nicht weiter voranzutreiben, bis der Runde Tisch „Kulturelle Freiräume“ seine Arbeit abgeschlossen und eine Empfehlung für den Stadtrat vorgelegt hat. Aber der Antrag fand im Stadtrat keine Mehrheit. Nur die Fraktion DIE GRÜNEN stimmten unserem Antrag zu.

Ute Haupt  
Stadträtin

**Filmabend „Paragraph 175“ (BRD/GB/USA 2000, 81 Minuten, FSK 16, OmU)  
Sonntag, 17. März 2019, 19.30 Uhr im BBZ  
„Lebensart“ e. V.**

Der Paragraph 175 verfügte, dass ausgeübte männliche Homosexualität mit Gefängnis bestraft wurde. Das Gesetz wurde unter dem Nazi-Regime verschärft und war in dieser Fassung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 gültig. In der Zeit des Faschismus wurden etwa 100.000 Menschen als Homosexuelle verhaftet und ins KZ gebracht. Tausende von ihnen wurden gefoltert und ermordet.

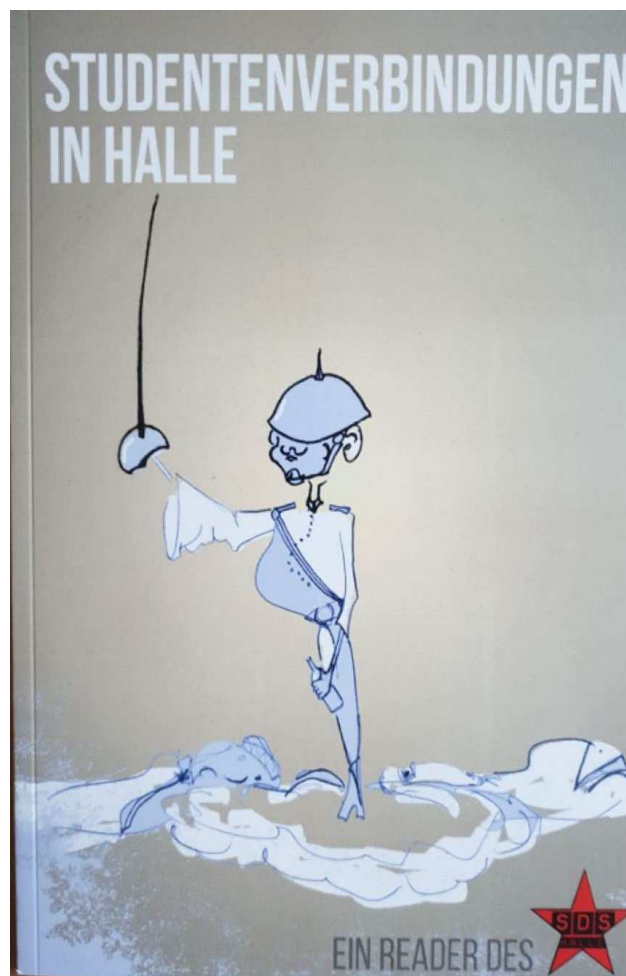
Der Film stellt fünf Männer und eine Frau vor, die die Schreckenszeit überlebt haben. Sie berichten von der Zeit der 1920er-Jahre, als Schwule und Lesben in Bars, Clubs und Cafés ihre Vorstellungen freier leben konnten, über erste Liebeserfahrungen und Beziehungen, über die Zeit von Hitlers Machtübernahme und die Schrecken der Verfolgung und KZ-Aufenthalte.

Der Filmabend (Eintritt frei, Spende erbeten) ist Bestandteil der Bildungswochen gegen Rassismus, welche vom 11.-24.03.2019 in Halle (Saale) unter dem Motto „Erinnern heißt aktiv sein!“ stattfinden.

Burschis sind scheiße. Burschis sind harmlos. So lauten jedenfalls zwei oftmals vertretene Standpunkte, wenn es um „Burschis“ als Mitglieder von Studentenverbindungen geht. Diese führen allerdings dazu, dass einige rechtsextreme Verbindungen verharmlost und andere Verbindungen dämonisiert werden. Deshalb haben wir als SDS einen Reader zu den halleschen Studentenverbindungen rausgegeben, der sich den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den einzelnen Strukturen in Halle widmet. Festgestellt wird, dass es viel zu kritisieren gibt: Kontakte zur faschistischen „Identitären Bewegung“, die sexistische Diskriminierung von Frauen und ein krasser Geschichtsrevisionismus sind nur einige Eckpunkte größerer Probleme des Milieus rund um Germanen, Altmärker, Goten und Wittenberger. Was das bedeuten soll und wen die Kritik trifft, das erfahren Sie in unserem jetzt veröffentlichten Reader.

Den Reader finden Sie unter folgendem Link: <http://sdsmu.blogspot.com/2019/02/reader-zu-den-halleschen.html>

Mit freundlichen Grüßen,  
SDS Halle



## **In Berlin und (H)alle dabei – Demokratisches Halle**

Freitage zählten schon immer zu den beliebtesten Wochentagen, denn sie läuten das Wochenende ein. In letzter Zeit sind Freitage aber auch politisch im Ansehen stark gewachsen; zumindest bei meinen Genoss\*innen und mir. Freitag. Eigentlich könnte er auch Demokratietag genannt werden. Oder kurz Demo-Tag, denn an diesem wunderschönen Wochentag gehen seit geraumer Zeit tausende Schülerinnen und Schüler bundesweit auf die Straßen. Sie nutzen ihr demokratisches Recht, um für eine bessere Klimapolitik zu demonstrieren. Unter dem Hashtag #FridaysForFuture haben sich weltweit junge Menschen zusammengefunden und tun das, was wir Erwachsenen zu lange versäumt haben: Für ihre Zukunft und das Klima auf diesem unseren Planeten kämpfen. Ausgelöst hat das alles die junge Schwedin Greta Thunberg, die in der Schule vom Klimawandel erfahren hat und dann zunächst allein jeden Freitag demonstrierte. Damit trat sie eine Bewegung los, die ihres-

gleichen sucht und zahlreiche junge Menschen inspiriert und mobilisiert hat; auch in der schönen Stadt Halle.

Greta ist eine junge Frau, die jetzt schon Großes bewirkt und sicherlich noch mehr bewegen wird. Ich finde, wir können sie durchaus zu den einflussreichsten Frauen unserer Geschichte zählen. Wir können stolz und dankbar dafür sein, dass wir junge Menschen wie sie haben. Das ist nämlich nicht selbstverständlich und vor allem wir Frauen wissen sehr gut, wie es ist, um unsere Rechte kämpfen zu müssen. Wir tun das schon seit mehr als 100 Jahren. Am 8. März dieses Jahres – wieder ein Freitag – feiern wir den Internationalen Frauentag und erinnern damit an unsere Kämpfe für das Recht auf Bildung, für das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für das Recht auf Mitbestimmung, Gleichberechtigung, Teilhabe und sexuelle Selbstbestimmung.



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.**



Am 8. März vergangenen Jahres gingen in 177 Ländern die Frauen auf die Straßen. Hervorgestochen ist Spanien: Insgesamt legten hier über fünf Millionen Frauen ihre Arbeit und anderweitige Tätigkeiten nieder. Auch die Königin streikte. Damit stand der Alltag in Spanien für einen Tag still. Dieses Jahr soll genau das auch in Deutschland geschehen. Unter dem Hashtag #IchStreike8M ruft ein Bündnis zum Frauen\*streik um fünf vor zwölf auf. Auch in Halle ist am Nachmittag eine Demo geplant, die von der dortigen Frauen\*streik-Gruppe und anderen Verbündeten Frauenorganisationen der Stadt organisiert wird.

Meine Genoss\*innen und ich werden um die Mittagszeit unsere traditionellen Nelkengrüße an die Frauen auf dem Marktplatz verteilen und so diesen besonderen Feiertag ehren. Für die LINKE. in Halle zählt dieser Tag zu den wichtigsten im Jahr, denn sie setzt sich für eine demokratische und vielfältige Stadt ein. Das lässt sich auch gut in der Stadtratsfraktion erkennen, die zur Hälfte aus Frauen besteht. Zur diesjährigen Kommunalwahl treten wieder jede Menge Frauen an. Das ist sehr gut so, denn es braucht sie definitiv in allen Parlamenten. Heute mehr, denn je, denn wir kämpfen immer noch und erneut um unsere Rechte.

DIE LINKE. in Halle schreibt sich die politische Teilhabe aller Menschen dieser Stadt groß auf die Fahnen und macht sie zum Ziel in ihrem Kommunalwahlprogramm: Die Bürger\*innen sollen stärker einbezogen werden; zum Beispiel über freies W-LAN, ein benutzerfreundliches Ratsinformationssystem, durch Einwohner\*innenfragestunden und -versammlungen, Bürger\*innenbegehren und -entscheide und die Förderung von Ehrenämtern. Um Demokratie noch greif- und erlebbarer zu machen, will die

hallesche LINKE. Stadtteilerät\*innen einführen. So entstehen bürger\*innennahe Netzwerke, die eine unmittelbare Mitwirkung ermöglichen. Auch Netzwerke, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von Geflüchteten dienen, sollen unterstützt werden, denn auch sie sind Teil von Halle. Über Integrationsprojekte und Nachbarschaftszentren können Austausch und Verständigung stattfinden, aber auch Teilhabe und Gemeinschaft gefördert werden, denn DIE LINKE. in Halle will Diskriminierung und Ausgrenzung entgegentreten. Solidarität ist ihr oberstes Gebot. Vor allem im Kampf gegen Rechts wird die hallesche LINKE. weiterhin Stärke zeigen, entsprechende (Bildungs-)Projekte sowie Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt fördern und unterstützen. Rechte Zentren und Häuser haben in Halle keinen Platz!

Auch meine Fraktion im Deutschen Bundestag steht für Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichstellung: Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, Schutz vor Gewalt, eine soziale und familienfreundliche Infrastruktur und Arbeitswelt und setzen uns gegen Diskriminierung in all ihren Formen unverrückbar ein. Auch wir leben und begrüßen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen und wollen mehr Frauen in die Parlamente bringen.

Doch zunächst ist Halle dran, denn am 26. Mai sind Kommunalwahlen. Eure Stimme entscheidet darüber, wie vielfältig und demokratisch Halle sein soll. Bis dahin und darüber hinaus sollten wir für unsere Rechte, Ziele und Werte eintreten, Projekte, Initiativen und Bündnisse unterstützen oder selbst gründen. Es geht um unsere Gesellschaft, unseren Planeten und unsere Zukunft!

**Linkes Blatt**

**Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
07.03.2019  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 04.04.2019

## **Fraktion DIE LINKE: Wohnen, Teilhabe, Mobilität, Gesundheit, Beratung - Die Fraktion DIE LINKE legt einen seniorenpolitischen Maßnahmenplan vor**

Dazu erklärt die seniorenpolitische Sprecherin Katja Bahlmann:

„Nach der Sommerpause 2019 legt die Fraktion DIE LINKE einen seniorenpolitischen Maßnahmenplan vor.

Aus diesem Anlass lud die Fraktion gestern zum ersten von insgesamt drei seniorenpolitischen Fachgesprächen ein. Zum Auftakt standen die Themen Teilhabe, Mobilität und Beratungsangebote im Alter im Fokus. Anwesend waren unter anderem der Landesbehindertenbeauftragte, der Vorsitzende der Volkssolidarität Sachsen-Anhalt, Vertreter\*innen der Seniorenbeiräte sowie örtliche Teilhabemanager\*innen, deren Fachexpertise in den senioren-



politischen Maßnahmenplan einfließen wird.

Diskutiert wurden unter anderem das Problem zunehmender Vereinsamung älterer Menschen. Für die Fraktion DIE LINKE ist es in diesem Zusammenhang unerlässlich, Gemeinde- und Begegnungszentren für Senior\*innen zu erhalten und auszubauen. Großen Raum nahm zudem das Thema ÖPNV und Mobilität im Alter ein. Das Für und Wider von Rufbussystemen wurde ebenso diskutiert, wie Kritik an den Taktungen der Fahrzeiten oder der Nicht-Lesbarkeit von zu klein gedruckten Fahrplänen.

Die anwesenden Vertreter\*innen der Seniorenbeiräte betonten darüber hinaus die Wichtigkeit einer eindeutigen landesrechtlichen Vorschrift zur Einrichtung dieser Beiräte und wiesen auf ihre eigenen Sprechstunden und Beratungsangebote hin.

Die Fraktion DIE LINKE setzt auf diese Fachexpertise und die Erfahrungen von Senior\*innen im Alltag. So werden Schwierigkeiten und Probleme erkennbar, die auf den ersten Blick nicht sichtbar sind und nur so kann ein seniorenpolitischer Maßnahmenplan entwickelt werden, der sich tatsächlich an den Bedürfnissen älterer Menschen in Sachsen-Anhalt orientiert.

Das zweite seniorenpolitische Fachgespräch findet am 17. April 2019, unter anderem zum Thema Wohnen im Alter, statt. Zum dritten Gespräch in der Reihe lädt die Fraktion DIE LINKE am 26. Juni 2019, unter anderem zum Thema Pflege und Gesundheit im Alter.“

***DIE LINKE.***  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

## **Die Landesregierung eiert rum - Die Fraktion DIE LINKE hat einen Kurs: Kein Geld aus Sachsen-Anhalt für die Nord/LB**

Zur heutigen Kabinettsitzung in der Causa Nord/LB erklärt der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel:

„Die Landesregierung hat mit großer Konsequenz ihren Kurs des Herumeierns fortgesetzt. Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Umgang mit Steuergeldern seitens der Landesregierung verantwortungslos ist. Sie ist offensichtlich nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen.

Ein Rückzug des Landes Sachsen-Anhalt aus der Nord/LB scheint unter diesen Umständen das Beste – sowohl für die anderen Träger der Nord/LB als auch für den Steuerzahler. Unter diesen Umständen ist jeder weitere Euro verbranntes Geld.

Die Fraktion DIE LINKE hat ihren Kurs: Keine Kapitalzuführung aus Sachsen-Anhalt an die Nord/LB. Die momentanen Umstände rechtfertigen nicht, dass Sachsen-Anhalt Landesmittel in die Bank gibt.“

## Post von Lene

Liebe Linke, liebe Schutzfreunde der Natur und Gerechtigkeit,

heute wende ich mich an euch mit einem besonderen Anliegen: Bitte schimpft nicht auf uns Schülerinnen und Schüler, weil wir uns während der Unterrichtszeit an den Freitagsdemos beteiligen, sondern unterstützt uns lieber. O.K., es gibt eine Schulpflicht, aber uns geht es um die Zukunft von uns allen. Die Aktion heißt:

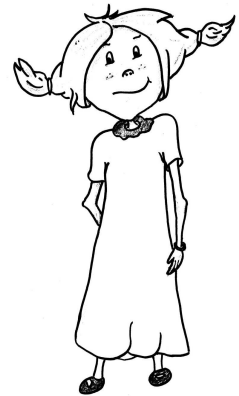
„Fridays for future“ (auf Deutsch: Freitags für die Zukunft). Ich weiß, darüber wird viel rumgestritten, auch in den Familien. Viele meinen, wir könnten das ja auch nach dem Unterricht machen, aber das würde nach unserer Meinung sicher kaum jemanden stören. Es soll aber stören!!

Reicht es nicht, dass die Sommer immer heißer und trockener werden, dass Wirbelstürme namens Hurrikan ganze Gegenden verwüsten, auch in Sachsen-Anhalts Wäldern Bäume umgekippt haben?

Das Eis am Nordpol schmilzt immer mehr ab, und der Wasserspiegel der Meere wird steigen und ganze Landstriche unter Wasser setzen.

Warum dürfen wegen der Gier der Superreichen weiter Urwälder in Amerika und andere Wälder abgeholzt werden, weil z.B. darunter Braunkohle liegen soll? Ich habe in der Zeitung gelesen, dass es eine Waldbesetzeraktion im Hambacher Forst gegeben hat. Ich finde das echt toll und mutig. Die Waldbesetzer haben Buden auf hohen Bäumen gebaut und sind einfach nicht runtergestiegen, damit die Bäume nicht gefällt werden konnten. Dann rückten aber auf Befehl der Obrigkeit schwer bewaffnete !! Polizisten an, holten sie mit viel Gewalt runter und verhafteten sie. Das ist einfach ein Skandal, finde ich. Aber: Sie hatten mit ihrer Protestaktion Erfolg und weil sie von vielen Leuten unterstützt worden sind und mussten wieder freigelassen werden. Und der Wald steht noch! Einfach toll, was so eine Aktion bewirken kann! Nun wende ich mich noch wegen einer anderen Sache an euch. Wir haben in der Schule das Fach Ethik, in dem wir etwas über die verschiedensten Religionen, die es auf der Welt gibt, erfahren- wie und wann sie entstanden sind, ihre Entwicklung im Laufe der Zeit bis in die Gegenwart. Das finde ich o.k. Der Glaube oder Nichtglaube ist doch eigentlich Privatan-

gelegenheit, oder? Wieso gibt es dann aber neben dem Fach Ethik noch Religionsunterricht an den Schulen? Auf meine Frage an meine Eltern, ob die Kirchen in Deutschland so arm sind, dass sie sich diesen Unterricht nicht leisten können, bekam ich eine Antwort, die mich ja dann doch etwas verblüfft hat. Der Staat treibt bei



allen Gläubigen die Mitgliedsbeiträge als eine Art Steuer ein. Jedes Bundesland hat mit den Kirchen dazu Verträge abgeschlossen. Der Staat bestimmt normalerweise, wofür die Steuern verwendet werden- z. B. für die Bezahlung von mehr Lehrkräften oder Polizisten, für den Straßenbau und so weiter. Und jetzt kommt's: Der Staat treibt zwar für die Kirche die Steuern ein, darf aber nicht darüber bestimmen, wie und wofür sie verwendet werden. Da kann also ein oberer Kirchenboss, der z. B. Kardinal oder Bischof genannt wird, sich davon ein Luxusleben mit Villa, Koch, Personal fürs Saubermachen usw. leisten.

Ein einfacher Prediger, auch Pfarrer oder Pastor genannt, muss gleichzeitig für ein geringes Gehalt in mehreren Kirchengemeinden arbeiten.

Ich finde das ziemlich empörend, obwohl ich nicht gläubig bin.

Nun frage ich mich und euch: Was hat echter Religionsunterricht an unseren Schulen zu suchen? Ethik an Schulen ist o.k und interessant, finde ich.

Was sind eigentlich christliche Werte?

Ich habe von meinen Großeltern von folgendem christlichen Gebot gehört: „Du sollst nicht töten!“

Wieso schickt dann das ach so christliche Deutschland Soldaten in Kriege und verkauft Unmassen von Waffen in Länder, die Krieg führen?

Kann man die vielen Milliarden nicht viel besser für mehr Lehrkräfte, Polizistinnen, Erzieherinnen, Kitas, neue Schulen, das Anpflanzen von neuen Bäumen für den Klimaschutz verwenden?

Wir als Schülerinnen und Schüler demonstrieren dafür!

Tschüss Eure Lene

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 28.2./1.3.2019

### #Gleichstellung

#### **Parité-Gesetz auf den Weg gebracht**

Der Anteil der Frauen in der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt beträgt etwas mehr als 50 Prozent. Im Landtag waren es seit 1990 nie mehr als ein Drittel. Dieses unausgeglichene Verhältnis prägt viele Ebenen und Bereiche und ist keineswegs landestypisch. Um dieses strukturelle Problem zu ändern, hat die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur Gewährleistung einer paritätischen Zusammensetzung der Verfassungsorgane des Landes Sachsen-Anhalt mit Frauen und Männern eingebracht.

Der Landtag von Brandenburg hatte kürzlich ebenfalls ein Parité-Gesetz beschlossen.

### #untersucht

#### **Parlamentarische Untersuchung der Todesumstände von Oury Jalloh**

Vor 14 Jahren verbrannte Oury Jalloh in der Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers. Brand- und Todesursache sind bis heute weiterhin ungeklärt. Die seit 2005 öffentlich bekannt gewordenen Vorgänge zu den Umständen des Todes von Oury Jalloh in staatlicher Obhut haben über Jahre hinweg die Notwendigkeit einer konsequenten und vollständigen Aufklärung begründet.

Auch die Gremien des Landtags haben sich bislang erfolglos mit den bis heute ungeklärten Todesumständen von Oury Jalloh befasst. Daher beantragte die Fraktion DIE LINKE, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, da aus ihrer Sicht ein ernsthaftes Interesse an der politischen Aufarbeitung des Falles und seiner Verfahrens- und Ermittlungsgeschichte derzeit nur noch mittels eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses realisiert werden kann.

Dieser Antrag wurde jedoch von der Mehrheit im Landtag abgelehnt.

### #Rente

#### **Armutsfeste Rente sichern - Altersarmut bekämpfen**

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Die Fraktion der SPD beantragte für die Landtagssitzung eine Aktuelle Debatte zur geplanten Einführung einer Grundrente. Im Rahmen dieser Debatte forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag, armutsfeste Renten zu sichern und Altersarmut zu bekämpfen. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für eine Mindestrente in Höhe von 1 050 Euro ab dem 1. Juli 2019 einsetzen. Außerdem soll in Ost- und Westdeutschland eine gleiche und steuerfinanzierte „Mütterrente“ für vor 1992 geborene Kinder mit vollem Entgeltpunkt umgesetzt werden. Doppelte Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und Direktversicherungen sollen mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.

### #aktuell debattiert

#### **EU-Urheberrechtsreform überarbeiten und Uploadfilter ablehnen**

„Die beabsichtigte Reform des Urheberrechts im digitalen Zeitalter begründet eine rückwärts gewandte Urheberrechtsdebatte, unnötige Presseverlegerrechte (Artikel 11), die schon in Deutschland und Spanien in der Praxis versagt haben, und bedroht die Garantie von Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Kunstfreiheit im Internet durch die sogenannten Uploadfilter (Artikel 13)“, begründete die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag zur Aktuellen Debatte. Die endgültige Abstimmung des Europäischen Parlaments steht zwar noch aus, das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ist jedoch von starken Lobbyinteressen geprägt. Die Fraktion hielt es daher für dringend geboten, auch im Landtag von Sachsen-Anhalt über die Folgen zu debattieren.

## #Azubi ticket

### Azubi-Ticket anschieben - Kommunen bei Modellprojekten unterstützen

Die Fraktion DIE LINKE will das von der Regierungskoalition angekündigte Azubi-Ticket endlich umsetzen. Kreise und Städte sollen bei Modellprojekten finanzielle Unterstützung finden. Wir sprechen uns für einen Wettbewerb aus, der Modellprojekte ermöglicht, um Schülerinnen und Schüler, Berufsschülerinnen und -schüler sowie Studierenden die Nutzung von Bus, Bahn und Straßenbahn rund um die Uhr zu ermöglichen. Einige Landkreise gehören bisher noch keinem Verkehrsverbund an. Diese sollen kurzfristig dabei unterstützt werden, den vorhandenen Verbänden beizutreten, um im Land perspektivisch ein einheitliches Tarifgebiet zu schaffen.

## #Landwirtschaft

### Bodenspekulationen stoppen - Agrarstruktur im Land Sachsen-Anhalt sichern

Die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen sind in den letzten zehn Jahren vor allem in den östlichen Bundesländern erheblich gestiegen. Dadurch werden regionale Landwirte verstärkt durch nicht-landwirtschaftliche Investoren verdrängt, die das Land oftmals zu Spekulationszwecken erwerben. Ihnen geht es nicht um landwirtschaftliche Nutzung und den Erhalt des Bodens und schon gar nicht um regionale Entwicklung und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher, die Genehmigung zum Verkauf oder der Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen zu untersagen, wenn der Preis um mehr als 10 Prozent über dem ortsüblichen liegt.

Unsere Botschaft: Der Boden ist im Dorf bzw. in der ländlichen Struktur zu erhalten. Er gehört nicht in die Hände von Spekulanten!

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 4. März 2019  
Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Februar/März 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

### Liste geschlechtsspezifischer Ungerechtigkeiten ist ellenlang

„Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts wiegen die strukturellen Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen, die sich durch weibliche Biografien und den gesellschaftlichen Alltag ziehen, tonnenschwer“, erklärt Doris Achelwilm, gleichstellungs- und queerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den morgigen Internationalen Frauentag. Sie fährt fort:

„Frauen bekommen in Deutschland durchschnittlich über 20 Prozent weniger Lohn. Es sind überwiegend Frauen, die in Verantwortungsgemeinschaften den Großteil der unbezahlten Familienarbeit leisten. Frauen machen weitaus häufiger Gewalterfahrungen als Männer. Sie haben weltweit weniger Besitz und Vermögen. Der Frauenanteil in deutschen Parlamenten ist tendenziell rückläufig. Diese Liste geschlechtsspezifischer Ungleichheiten ist ellenlang und ließe sich noch weiter fortsetzen. Ich gehe davon aus, dass morgen so viele Frauen wie lange nicht auf die Straße gehen, um für ihre Rechte zu demonstrieren und die gesellschaftliche Aufgabe echter Gleichstellung wirksam voranzutreiben. Dazu gibt es in vielen Städten Gelegenheiten. In Berlin wird der erste in Deutschland organisierte Frauen\*Streik ein breites Spektrum emanzipatorischer, feministischer, queerpolitischer, migrantischer Kämpfe zusammenbringen. Wer die Arbeit nicht verlassen kann, aber mitstreiken möchte, hat vielleicht die Möglichkeit, für einige Minuten sichtbar und entschlossen zu pausieren; Veränderung fängt immer auch im Kleinen an. Als LINKE werden wir in und außerhalb der Parlamente weiter mit Nachdruck an den vielschichtigen Zielen, die sich frauen-, gleichstellungs- und queerpolitisch stellen, arbeiten. Das betrifft Initiativen zu Equal Pay, Ehegattensplitting, Kitaversorgung und Repräsentation in Parlamenten und Gremien genauso wie Schutz vor Ausbeutung oder Gewalt sowie das Vorantreiben wahlrechtlicher Regelungen für ein Paritätsgesetz. DIE LINKE im Bundestag arbeitet derzeit intensiv an verschiedenen Vorschlägen und einem eigenständigen Parité-Gesetzentwurf.“



## Schulen ohne Abitur zahlen die Zeche für den Lehrermangel

Der ausbleibende Erfolg in Amtszeit von Bildungsminister Tullner bei der Neueinstellung von Lehrkräften kommt die Schulen immer teurer zu stehen.

Vor allem in den Schulen, die nicht zum Abitur führen, sinkt der Lehrkräftebestand bei gleichzeitig steigenden Schülerzahlen und führt damit zu der im Vergleich der Schulformen mit Abstand schlechtesten Unterrichtsversorgung.

Das geht aus der Auswertung mehrerer Kleiner Anfragen der Fraktion Die LINKE hervor. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher Thomas Lippmann:

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

„Den realen Zugängen von 798 neuen Lehrkräften im Jahr 2018 stehen im gleichen Zeitraum Abgänge aus dem aktiven Schuldienst von 841 Lehrkräften gegenüber.“

Damit wurde die kurze Phase eines schwachen Personalaufwuchses an den allgemeinbildenden Schulen in den Jahren 2016 und 2017 bereits wieder beendet.

Der Personalbestand hat sich in den drei Jahren der Amtszeit von Minister Tullner gerade einmal um 60 Lehrkräfte erhöht, obwohl allein durch den Anstieg der Schülerzahlen in den letzten drei Schuljahren an den allgemeinbildenden Schulen um 5.430 ein Mehrbedarf von mehr als 400 Vollzeitlehrkräften entstanden ist. Dadurch ist die Unterrichtsversorgung stetig gesunken – von knapp 101% im Schuljahr 2015/16 auf real nur noch knapp 97% im aktuellen Schuljahr.

Besonders besorgniserregend ist die zunehmende ungleiche Verteilung des Mangels. Nur die Gymnasien bewegen sich derzeit Schritt für Schritt auf das Koalitions-Ziel einer Unterrichtsversorgung von 103% zu. Das allerdings auch nur deshalb, weil hier die

Schülerzahl kontinuierlich sinkt und der Lehrkräftebestand gehalten werden konnte.

In den Gesamtschulen konnte durch eine vergleichsweise größere Steigerung des Personalbestandes bei nur leicht steigenden Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung zumindest stabilisiert werden, wenngleich diese auch hier weiterhin unter 100% liegt.

Die Zeche zahlen die anderen Schulformen, die bei stark steigenden Schülerzahlen mit immer weniger Lehrkräften arbeiten müssen.

Vor allem in den Grundschulen, aber auch in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen ist der Niedergang gravierend. Hier ist die Unterrichtsversorgung real inzwischen zum Teil noch deutlich schlechter als in den Förderschulen (knapp 97%), die bisher das Stiefkind bei der Sicherung des Unterrichts waren.

Unsere Forderung, die sogenannten bedarfsmindernden Maßnahmen in den Grundschulen vom letzten Schuljahr 2017/18 wieder rückgängig zu machen und somit den Anspruch auf eine ausreichende Unterrichtsversorgung wieder herzustellen, hat die Koalition im Bildungsausschuss auf die lange Bank geschoben. Minister Tullner wird daran nichts ändern und sucht stattdessen nach neuen Möglichkeiten, die vorhandenen Lehrkräfte mehr arbeiten zu lassen statt mehr Lehrkräfte in die Schulen zu holen.

Bildungsminister Tullner konnte weder das am Beginn des Jahres gegenüber den Vertretern der Volksinitiative gegebene Versprechen einlösen, im Jahr 2018 1.000 Lehrkräfte neu einzustellen, noch ist er in der Lage, den Mangel zu beenden oder ihn auch nur gerecht zwischen den Schulformen zu verteilen.

Die Fraktion Die LINKE fordert eine grundlegende Abkehr von der bisherigen Ausschreibungs- und Einstellungspraxis insbesondere für die benachteiligten Schulformen.

Hier muss schlicht jeder geeignete Bewerber eingestellt werden, der an unsere Tür klopft und das jederzeit.

## #wirstreiken

Von Cornelia Möhring, stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Über 100 Jahre schon gibt es den internationalen Frauenkampftag – und erschreckend aktuell lesen sich die Aufrufe der verschiedenen Jahrzehnte: Es geht um politische Partizipation, um ökonomische Gleichstellung, um sexuelle Selbstbestimmung und das Recht auf ein Leben frei von Gewalt. Ja, es hat sich durchaus vieles verändert und das auch durchaus zum Besseren. Das Aber ist aber ein sehr großes und beginnt damit, dass insbesondere Frauen oftmals noch immer erklären müssen, dass es eben trotz Kanzlerin und vereinzelter Frauen in Vorständen von DAX-Unternehmen noch längst keine Gleichheit aller Menschen in ihrer Vielfalt gibt.

Der 8. März ist also bei weitem kein Gedenktag – er ist und bleibt Kampftag. Als solcher ist er ein Bezugspunkt für viele Frauen, die sich inspiriert von internationalen Beispielen auch in diesem Jahr in Deutschland auf den Weg machen, ihren Forderungen durch einen Streik massiv Nachdruck zu verleihen. Das Besondere an den Initiativen für einen feministischen Streik ist dabei, dass sie verschiedene Forderungen aus den unterschiedlichen Bereichen, in denen Frauen nach wie vor unterdrückt werden, zusammenbringen. Es geht nicht „nur“ um ein paar Euro mehr Lohn oder ein paar zusätzliche Plätze in Frauenhäusern, sondern darum, sich gemeinsam gegen eine gesamtgesellschaftliche Diskriminierung, gegen Sexismus in all seinen Formen und Ausdrücken zu stellen.

Klar ist, nicht jede Arbeit kann einfach so bestreikt werden, wie es in der Herstellung von Autos ginge. Es gibt Arbeit, die ist gesellschaftlich so notwendig, dass sie immer getan werden muss. Kinder brauchen Betreuung und wollen etwas essen. Ältere Menschen oder Menschen, die auf Unterstützung oder Pflege angewiesen sind, können nicht einfach mal so darauf verzichten. Im Krankenhaus muss mindestens eine Minimalbesetzung dafür sorgen, dass Menschen gut versorgt sind. Insbesondere Frauen arbeiten an jedem Tag, ob bezahlt oder unbezahlt. Wenn aber diejenigen, die für diese Arbeit überwiegend verantwortlich sind – in der großen Mehrzahl Frauen – massenhaft ankündigen, dass sie nicht länger bereit sind, unbezahlt

und abgewertet dafür zu sorgen, dass diese Gesellschaft am Laufen bleibt, wird im besten Fall die Frage der Arbeitsorganisation mit Nachdruck aus dem Privaten ins öffentliche Bewusstsein geholt und dadurch als gesellschaftlich zu beantwortende Frage sichtbar. In der Mobilisierung für den Streik wird dennoch klar: Viele, die den Streik politisch richtig finden, können nicht streiken – auch wenn sie wollen. Gleichzeitig schafft der Streik unabhängig davon, ob real gestreikt wird oder nicht, einen Bezugspunkt. Durch das Sichtbarmachen der Gründe, die die Beteiligung verhindern, findet Beteiligung statt.

Das Dilemma, dass genau die Bedingungen, gegen die viele kämpfen wollen, sie daran hindern, ist nicht von heute auf morgen zu überwinden. Und erst recht nicht an einem Tag. Politische Kampftage als Jahrestage entstehen aber ja genau durch Bewegung. Der Frauen\*streik am 8. März ist ein Auftakt, ein Entwicklungsschritt hin zu einem feministischen Netzwerk, das sich perspektivisch in die Lage versetzen muss, unabhängig von Jahrestagen auf gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren oder diese zu beeinflussen. Wenn es Angriffe gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen durch die Regierung gibt, wird halt das Land lahm gelegt. Solange nicht ernsthaft über eine kollektive Arbeitszeitverkürzung gesprochen wird, setzen wir diese halt so um. Wenn es nicht genug Kita-Plätze gibt, nehmen wir unsere Kinder halt überall mit hin.

Wir streiken, wann wir wollen und schaffen neue und viele Frauenkampftage.

### Fragen einer nachdenklichen Feministin:

1. Warum werden seit alters her Menschen für das Töten von Leben in Kriegen mit Orden geehrt und andere bis heute für das Gebären von Leben verurteilt und bestraft?
2. Überspitzt gefragt: Leiden Männer, die keine gewaltliebenden Arschlöcher sind, deshalb manchmal nicht unter Minderwertigkeitsgefühlen?

## Hohe Armutsgefährdung, Niedriglöhne und Teilzeit bei Frauen

**Sabine Zimmermann hat zum Internationalen Frauentag am 8. März aktuelle Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat und der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet:**

Die Armutsgefährdung von Frauen ist laut Eurostat von 12,9 Prozent im Jahr 2005 auf 17,1 Prozent in 2017 angestiegen. Waren im Jahr 2005 5,38 Millionen Frauen armutsgefährdet, sind es 2017 7,05 Millionen gewesen.

Die Armutsgefährdung von Frauen liegt damit über der der Männer (15 Prozent im Jahr 2017). Die Armutsgefährdungsgrenze lag in Deutschland im Jahr 2017 bei 13.152 Euro im Jahr

(60 Prozent des Medianeinkommens).

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen im Niedriglohnbereich war Ende 2017 laut Bundesagentur für Arbeit deutlich höher als der der Männer.

Zum 31.12.2017 waren 27,1 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen in Deutschland zu einem Entgelt unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereiches (2.139 Euro brutto) tätig, bei den Männern 16,2 Prozent.

Bundesweit lag das Medianentgelt von vollzeitbeschäftigten Frauen Ende 2017 laut Bundesagentur für Arbeit bei 2.920 Euro brutto und damit um 452 Euro niedriger als das der Männer (3.372 Euro brutto).

Am größten war der Verdienstabstand in Baden-Württemberg. Dort lag das Medianentgelt von Frauen um 772 Euro niedriger als das der Männer.

Von 9,3 Millionen Teilzeitbeschäftigten bundesweit Mitte 2018 waren 7,3 Millionen Frauen mit einem Anteil von 78,6 Prozent. Lediglich 1,98 Millionen Männer waren in Teilzeit tätig.

"Das Thema Armut ist leider seit jeher besonders mit Frauen verbunden, da helfen auch alle Lippenbekennnisse und Schönreden der Bundesregierung nichts. Im Berufsleben werden sie benachteiligt durch niedrige Löhne und unfreiwillige Teilzeit, was wiederum zu niedrigen Renten führt", kommentiert Sabine Zimmermann die Zahlen und fordert: "Es ist schon lange überfällig, dass für die Frauen der Abstand zwischen den Löhnen, der Arbeitszeit und der Rente geschlossen wird. Das muss die Bundesregierung endlich angehen. Wir brauchen Entgeltsysteme, die

gleiches Geld für gleichwertige Arbeit garantieren. Hier muss die Bundesregierung verbindliche Regelungen schaffen. Zudem muss die gesetzliche Rente gestärkt und armutsfest gemacht werden, unter anderem durch Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, Abschaffung der Kürzungsfaktoren und der Rente erst ab 67, Hochwertung niedriger Rentenansprüche sowie die Einführung einer Solidarischen Mindestrente. Davon würden besonders Frauen profitieren."

### **Termine Termine Termine**

**13. März 2019, 10:00 Uhr, Hafenbahnbrücke,**  
Gedenken an die Ermordung Karl Mesebergs

**13. März 2019, 15:00 Uhr, Volkspark Burgstraße,**  
Ecke Riveufer, Gedenken an den Blutfreitag 1925, anschließend soll ein Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen im Linken Laden, Leitergasse 4, stattfinden.

**13. März 2019, 18:00 Uhr, Stadtmuseum,**  
Große Märkerstraße 10, „Zeitzeugengespräch“ zu Karl Meseberg

**24. März 2019, 11:00 Uhr, Friedhof Ammendorf,**  
Gedenken an die Märzgefallenen

**Senioren - Cafe´ am 27. März, ab 14:30 Uhr,**  
**im Linken Laden, Leitergasse 4**

"Die bioethische Diskussion um Organspende in Deutschland mit Vorstellung eines entsprechenden Buches des Literatur-Nobelpreisträgers Kazuo Ishiguro", mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

**Senioren - Cafe' am 24. April, ab 14:30 Uhr,**  
**im Linken Laden, Leitergasse 4**

Reaktionäre Rechte blasen zum Sturm auf bereits erkämpfte Frauenrechte ..... "Debatten und Aktionen zur Streichung des § 219a"

Vortrag /Diskussion mit Dr. habil V. Schubert-Lehnhardt

Aufruf zum Ostermarsch am 22.04.2019 in Colbitz / Sachsen-Anhalt

## **Krieg zerstört Lebenswelt**

Das Leben auf unserem Planeten wird immer unsicherer. Das vorherrschende Wirtschaftssystem, dessen innere Logik beständiges Wachstum, unbegrenzte Ressourcenausbeutung und Profitmaximierung erfordert, gefährdet Natur und Umwelt und die menschlichen Lebensbedingungen auf der ganzen Erde. Zur Umsetzung dieser Interessen wird auch kein Halt vor Krieg gemacht.

Krieg ist der größte Feind unserer Umwelt, der Natur, unseres Planeten.

**Wir wollen Frieden für unsere Erde!**

Die Folgen des Klimawandels und der kriegerischen Auseinandersetzungen um Macht, um die immer knapper werdenden Rohstoffe und um Absatzmärkte sowie die Gier der Industrienationen nach billigen Arbeitskräften, zwingen derzeit rund 70 Millionen Menschen zur Flucht. Auch Deutschland unterstützt erheblich personell und logistisch die Führung von bewaffneten Auslandseinsätzen und verursacht damit ganz wesentlich die Flüchtlingsströme auf unserem Erdball. Krieg ist Fluchtursache!

**Wir wollen im und mit Frieden die Fluchtursachen bekämpfen!**

Auf knapp 1,45 Billionen Euro sind die Rüstungsausgaben im vergangenen Jahr weltweit gestiegen. Statt mehr Geld für soziale Aufgaben, Pflege, Bildung und zivile Konfliktlösung bereitzustellen, will die Bundesregierung den deutschen Rüstungshaushalt von 38,5 Milliarden im Jahr 2018 auf 43,2 Milliarden Euro in diesem Jahr und bis 2024 auf 60 Milliarden anheben. Diese Ausgaben dienen täglich der Vernichtung von Leben und der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage, wie auch der Einsatz von deutschen Exportwaffen in den Krisengebieten dieser Erde zeigt.

**Wir wollen unsere Welt erhalten und am Leben bleiben!**

Verbrannte Erde hat die Bundeswehr auf den Kriegsübungsplätzen in der Colbitz-Letzlinger-Heide und in Meppen hinterlassen. An beiden Orten wurde deutlich, dass Kriegsvorbereitungen, ebenso wie Kriege, unsere Natur und Umwelt zerstören und das Leben der Menschen gefährden.

**Wir wollen keinen Krieg – und auch keine militärischen Naturzerstörer vor unseren Haustüren!**

Krieg ist immer pervers. Besonders pervers wird er, wenn Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Die zerstörerische Gewalt von Atomwaffen durch Hitze, Druck und Strahlung ist nach Hiroshima und Nagasaki jedem bewusst. Noch heute leiden Menschen und Natur unter den Einsätzen vom August 1945. Ein heutiger Einsatz von Atomwaffen würde die Existenz der Menschheit und ihrer Lebenswelt durch den nuklearen Winter beenden. Wider besseren Wissens sollen in diesem Jahr die in Deutschland am Standort Büchel stationierten US Atomwaffen „modernisiert“ werden und weigert sich die Bundesregierung den UNO Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

**Frieden braucht keine Atomwaffen!**

Nehmen wir uns unsere Kinder zum Vorbild. Viele Schülerinnen und Schüler gehen unter dem Motto „Fridays For Future“ auf die Straße und fordern uns auf, ihnen einen intakten Planeten ohne Krieg zu überlassen.

**Frieden für die Zukunft unserer Kinder!**

Jeder von uns hat Träume. Wovon träumst Du? Was ist es noch wert, wenn die Zerstörung durch Krieg zur Realität wurde, wenn Freunde und Verwandte ihr Leben verloren, Flora und Fauna wie Häuser und Straßen zerstört und verseucht sind, das kostbare, natürliche Trinkwasser aus unserer Heide nicht mehr genießbar ist?

**Wir träumen nicht nur, wir handeln und Du machst mit!**

Für ein Leben in Frieden auf der Erde - ein Leben in Sicherheit, ohne Ausgrenzung, Hunger, Elend und Gewalt, in einem solidarischen Miteinander! Für alle Menschen auf unserem Planeten.

**Gemeinsam können wir was verändern und fordern:**

- Schnelle Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Bekämpfung der Fluchtursachen durch konsequente Friedenspolitik
- Weniger Geld für Rüstung – Mehr Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit
- Rüstungsexporte stoppen – Kein Geschäft mit dem Tod
- Eine Welt ohne Atomwaffen und ohne konventionelle nukleare (DU) Munition
- Ziviles Nachnutzungskonzept für Schnöggersburg – Schluss mit den Kriegsübungen
- Nachhaltigen Schutz unseres Planeten im Sinne der Appelle unserer Kinder

**Мир для Земли - Peace For Earth - Paz para la tierra - 地球和平 - Frieden für die Erde - الارض اجل من السلام**